

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 145

Christliche Demokraten in Emigration und Widerstand 1933–1945

von Rudolf Morsey

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Der aus christlichen Grundwerten gespeiste Widerstand gegen das Hitler-Regime war sittlich legitimiert. Diese Feststellung hindert nicht daran, die in Kreisen des „anderen Deutschland“ entwickelten politischen Positionen auf ihre zeitverhafteten wie zukunftsweisenden Bezüge hin zu untersuchen.

Dabei sind unter „christlichen Demokraten“ zunächst Persönlichkeiten zu verstehen, die bis 1933 mehrheitlich dem Zentrum und/oder der Katholischen Arbeiterbewegung sowie den Christlichen Gewerkschaften zuzuzählen waren, in einzelnen Fällen auch der Bayerischen Volkspartei und ähnlich rechtsstehenden Gruppierungen. Ihre Fundamentalopposition gegen das Hitler-Regime beruhte auf christlichen, sich interkonfessionell öffnenden Wertvorstellungen, die ökumenische Kontakte erleichterten bzw. begünstigten. Dabei kam es „sozusagen zu einer Wiederentdeckung des Christentums unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Valenz“; der Anti-Totalitarismus wurde zu einer Dimension des Christentums¹). Er schloß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten aus.

Von den Regimegegnern kommt allerdings nur eine Minderheit in den Blick. Es sind diejenigen Kreise, von denen ausformulierte Vorstellungen über die politische Gestalt eines Nach-Hitler-Deutschlands überliefert sind. Für die weitaus meisten Keimzellen geistigen Widerspruchs aus christlicher Sicht hingegen gilt, was Karl Arnold 1950 rückblickend so formulierte: „Wir haben doch schon während des Dritten Reiches . . . [ab 1943] uns im engsten Kreis Tag und Nacht zusammengesetzt und überlegt, was soll und was kann geschehen, wenn dieses totalitäre System des Dritten Reiches einmal zusammenbrechen wird.“

1. Christliche Demokratie aus der Sicht von 1945

Wo finden wir christliche Demokraten nach 1945? Mehrheitlich in den beiden Unionsparteien, aber auch in regionalen Gruppierungen wie dem neuen Zentrum und der Bayernpartei. Dazu zählen ferner Einzelgänger in anderen Lagern, etwa Joseph Wirth, sowie Publizisten, aber auch emigrierte Politiker, die – an ihrer Spitze Heinrich Brüning – nicht wieder in die Heimat zurückgefunden haben.

Jede Definition und Zuordnung christlicher Demokraten wird allerdings denjenigen Persönlichkeiten nicht gerecht, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind und, wie beispielsweise Benedikt Schmittmann, allein ein christlich-föderalistisches Programm verkörperten. So läßt sich eine „partei-politische Option“ der im Zusammenhang des 20. Juli 1944 hingerichteten Verschwörer außerhalb des sozialdemokratischen Lagers nur vermuten²). Es gibt jedoch genügend Anzeichen dafür, daß etwa Eugen Bolz und Bernhard Letterhaus an eine „interkonfessionelle Partei“ gedacht haben.

Auch für andere Blutzeugen gilt als Kriterium das Bestreben, den Konfessionalismus im parteipolitischen und gewerkschaftlichen Raum zu überwinden, um einen christlich fundierten Neuaufbau in Deutschland vornehmen zu können. Dabei bestand – vielfach unausgesprochen – Einigkeit darüber, katholische Priester künftig von aktiver Politik fernzuhalten, während von evangelischen Geistlichen nicht ausdrücklich die Rede war.

Christliche Regimegegner hatten die aus der Minderheitssituation konfessioneller Parteien in der Weimarer Republik resultierende Zersplitterung auch des christlich-demokratischen Potentials erlebt und das Scheitern von Bestrebungen zur Gründung einer antimarxistischen, interkonfessionell-christlichen Volkspartei. Viele von ihnen waren von der Gestapo überwacht und verfolgt worden³). Den Zeitgenossen war zudem der wenig rühmliche Untergang der demokratischen Parteien und Gewerkschaften 1933 präsent genug, um diese miterlebten schmerzlichen Vorgänge – zum Erstaunen mancher späterer Historiker – nicht eigens zu thematisieren.

Soweit dies dennoch im Lager des früheren politischen Katholizismus geschah, auch mit Blick auf die Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933, wurde entsprechende Kritik über Gebühr personalisiert und auf den emigrierten ehemaligen Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas, konzentriert. Angefangen von Heinrich Brüning verwiesen zahlreiche ehemalige Zentrums Politiker – zu den Ausnahmen zählte Konrad Adenauer – zur eigenen Entlastung gern in Richtung Vatikan. Das hatte den Vorteil, gleichzeitig die Kurie wegen des Reichskonkordatsabschlusses in die Verantwortung einbeziehen zu können.

Hängt es vielleicht mit dieser Blickrichtung zusammen, oder ist es eher eine Folge derartiger Einschätzungen, daß wir kaum einen der früheren geistlichen Politiker in Kreisen aktiver Regimegegner finden, auch nicht unter den späteren Unionsgründern? Oder haben etwa aktive Verschwörergruppen frühere „Zentrumsprälaten“ bewußt ferngehalten, wie auf einer anderen Ebene beispielsweise Adam Stegerwald?

2. Bruchstückhafte Zukunftsplanungen

Im Sinne der erwähnten Problematik parteipolitischer Option können manche Angehörige des *Kreisauer Kreises*, die den 8. Mai 1945 nicht mehr erlebt haben, als christliche Demokraten in Anspruch genommen werden, weniger die stärker deutschnational bzw. liberalkonservativ bestimmten Persönlichkeiten um Goerdeler und Beck.

Gerade von diesen beiden Kreisen aber sind detailliert ausformulierte Zukunftsplanungen erfolgt, wie sie von der Prominenz der früheren konfessionellen Parteien und der Katholischen Arbeiterbewegung fehlen. Obwohl

deren Mitglieder ganz überwiegend zu den Regimegegnern zählten, verharrten sie – wie die meisten anderen Exponenten der als „Parteienstaat“ abqualifizierten Instabilitätsrepublik – in passiver Resistenz. Vielleicht haben viele von ihnen gerade wegen unterlassener Schriftlichkeit überlebt, unabhängig von traditioneller Distanz christlicher Politiker gegenüber programmatischen Zukunftsentwürfen.

Frühere Parlamentarier der nicht-sozialistischen Parteien waren auf aktiven Widerstand weder vorbereitet noch darin, wie Parlamentarier insgesamt, vergleichbar angemessen repräsentiert. Hingegen haben jüngste Dokumentationen von Roman Bleistein gezeigt, daß der Anteil der Jesuiten Alfred Delp, Lothar König und Augustinus Rösch an den Planungen der Kreisauer wesentlich größer gewesen ist als bisher bekannt⁴).

Innerhalb der Fundamentalopposition gab es, aus naheliegenden Gründen, keine gemeinsam vertretenen Programme. Konzeptionen einzelner Gruppen bzw. Persönlichkeiten blieben verknüpft (und belastet) mit endlosen Diskussionen, ob man das Regime beseitigen oder aber dessen Untergang abwarten müsse. Wohl aber gab es eine gemeinsame Grundlage aller Neuordnungspläne: die Analyse der geistigen und politischen Ursachen des Nationalsozialismus. Daraus resultierte die Folgerung, die im „Dritten Reich“ kulminierende Staatsvergötzung zu überwinden, der Einzelperson als verantwortlich handelndem Individuum wieder zu ihrem Recht zu verhelfen und den Neuaufbau eines Rechtsstaats von christlichen Grundsatzpositionen aus vorzunehmen.

Viele Hitler-Gegner beurteilten die Fähigkeiten des deutschen Volkes zu politischer Mündigkeit und Selbstbestimmung mit Skepsis. Sie alle hatten keine funktionierende Demokratie, geschweige denn eine christlich bestimmte, gekannt. Der britische Parlamentarismus bot kein nachahmenswertes Modell. Niemand dachte daran, die Bevölkerung durch revolutionsähnliche Aktionen zu mobilisieren.

Folglich blieb in den Konzeptionen der Regimegegner, auf der Suche nach einem Gegenbild zur gescheiterten Republik und ihrer Parteienvielfalt, für ein parlamentarisches System wenig Raum. Demokratische Ansätze sollten von der Idee der Selbstverwaltung aus von unten behutsam in Gang gesetzt werden, bisweilen aber auch – jedenfalls vorerst – auf der Ebene der Gemeinden verbleiben; ihnen waren umfangreiche Kompetenzen zgedacht, auch um die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Auf diesem Fundament sollten – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gestuft – in einem komplizierten Verfassungsaufbau jeweils übergeordnete Körperschaften und Repräsentationsgremien entstehen, teilweise nach einem unterschiedlichen Wahlsystem nur indirekt gewählt.

Die Kreisauer strebten an, den bisherigen Nationalstaat durch kleinere, sich selbst verwaltende herrschaftsfreie Reichsländer zu überwinden und diese von einer künftigen europäischen Einigung zu überwölben. Durch die Mitarbeit

von Jesuiten wurde die Soziallehre der katholischen Kirche in die Diskussion eingebracht und das Naturrecht als sittliches Ordnungsprinzip vertreten.

Die Verfassungspläne des *Goerdeler-Kreises* zielten auf einen starken, vom Parlament unabhängigen Staat; sie enthielten ständestaatliche Elemente, nicht aber plebiszitäre und pluralistische. Die Realisierung derartiger Konzeptionen hätte traditionelle Eliten begünstigt, während die Kreisauer nach der Möglichkeit suchten, einen „neuen Menschen“ erziehen zu können. Der *Kölner Kreis* der Westdeutschen Katholischen Arbeiterbewegung um Bernhard Letterhaus orientierte sich an einem „christlich geprägten, autoritären Staat“⁵).

Vorstellungen einer (wie immer gearteten) „überparteilichen Volksbewegung“ wurden nicht nur von christlichen Gewerkschaftlern im Sinne einer interkonfessionellen Volkspartei konkretisiert. Offen blieb dabei zunächst, ob mit oder ohne sozialistische Beteiligung. 1943 entwickelte Andreas Hermes das Konzept einer christlichen Partei der „Bürger, Bauern und Arbeiter“, dem Jakob Kaiser nicht zustimmte, der seinerseits eine „Partei aller werktätigen Menschen“ anvisierte.

Im Frühjahr und Sommer 1944 hat Johannes Albers mehrfach versucht, den Bischof von Aachen, van der Velden, dafür zu gewinnen, „nach dem Tage X auf die Bildung einer deutschen Labour-Party hinzuwirken“. Der ehemalige Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland hielt jedoch die Sozialdemokraten noch nicht für fähig, vom „alten Marxismus“ Abstand zu nehmen und auch christliches Gedankengut zu bejahen.

Pläne einer monarchistischen Restauration – sei es zugunsten der Hohenzollern oder der Wittelsbacher – wurden ernsthaft erwogen, teilweise bis zur Rückkehr aller früheren Landesfürsten. So konnten sich Jakob Kaiser und Josef Wirmer durchaus einen Hohenzollern-Prinzen vorstellen, jedenfalls als Reichsverweser bis zu einem späteren Volksentscheid über die endgültige Staatsform.

In Bayern gab es oppositionelle legitimistische Gruppen – so um Franz Sperr, den früheren bayerischen Reichsratsvertreter in Berlin, und um den fränkischen Gutsbesitzer Karl Ludwig Freiherr zu Guttenberg, der bis 1934 die Zeitschrift „Monarchie“, bis 1943 dann die „Weißen Blätter“ herausgegeben hat –, die eine Restauration der Wittelsbacher Monarchie und der Eigenstaatlichkeit Bayerns anstrebten. Anhänger solcher betont heimattreuer Kreise (Bayerische Heimatbewegung, Freiheitsaktion Bayern) finden wir später in der Bayernpartei – darunter den früheren Konsul Gerhard Seelos –, andere in der CSU.

Im Rahmen der „Selbstbesinnung des christlichen Gewissens“ hat ein Freiburger Bonhoeffer-Kreis 1942/43 eine „politische Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis“ entwickelt. Sie wurde ergänzt um „praktische Forderungen“ zu allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens⁶).

Diese von evangelischen Theologen untermauerte Grundsatzkritik am Hitler-Regime ist in ihren politischen Analysen, bis in die Terminologie hinein, ungewöhnlich zeitverhaftet. Entsprechend unrealistisch war das daraus abgeleitete Minimalprogramm zur „Planung des Kommenden“. Eine Ausnahme bildeten Vorschläge zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung im Nachkriegsdeutschland. Sie deckten sich mit denjenigen, die von einem anderen oppositionell eingestellten Freiburger Professorenkreis um Erwin von Beckerath entwickelt wurden und Einfluß auf die Ausgestaltung von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft gewannen.

Demgegenüber schloß der von den Kreisauern (als einer Art Großer Koalition) entwickelte „personale“ oder „personalistische Sozialismus“ staatlichen Dirigismus nicht aus. Auch im Kölner *Kettelerhaus*, wo die sozialetischen Ausführungen von Eberhard Welty O.P. die Grundlage entsprechender Diskussionen bildeten, wurden Gemeinwirtschaftsmodelle diskutiert, eingeschlossen die Mitbestimmung von Betriebsgewerkschaften und der Genossenschaftsgedanke als Regulative des Wirtschaftslebens. Neben Jakob Kaiser glaubte auch Bernhard Letterhaus an die parteipolitische Neutralität einer erstrebten Einheitsgewerkschaft.

3. Vorstellungen über Entnazifizierung und das Verhältnis von Staat und Kirche

Die Lösung des Problems der später sogenannten Entnazifizierung ist von der Anti-Hitler-Opposition nicht annähernd als so dramatisch und dringlich angesehen worden wie von den Siegermächten. Natürlich sollten Einzeltäter zur Rechenschaft gezogen werden, auch sogenannte Schreibtischtäter; aber im Rahmen der normalen Gerichtsbarkeit und aufgrund geltender Straftatbestände, um nicht die erstrebte Wiederherstellung des Rechts mit der Ausübung neuen Unrechts zu beginnen. Und ebenso sollten alle „irgendwie führenden“ Nationalsozialisten aus ihren Positionen entfernt werden. Das betraf aber nur einen kleinen Kreis, schon um die Funktionsfähigkeit der künftigen Verwaltung, Justiz und Wirtschaft sicherzustellen.

Mit der erstrebten Restitution rechtsstaatlicher Verhältnisse war noch nicht das Problem gelöst, wie das künftige Verhältnis von Staat und Kirche beschaffen sein sollte; teilweise wurde eine Trennung von Staat und Kirche mit neuen Formen gegenseitiger Zuwendung erwogen. Eine Beachtung der vertragsrechtlichen Situation, eine *restitutio in integrum*, hätte der katholischen Kirche zu einer optimalen Position verholfen, günstiger als die in der Weimarer Republik.

Wo künftige Schwierigkeiten entstehen konnten, zeigte eine Denkschrift von Laurentius Siemer aus dem Herbst 1942. Darin akzeptierte der Kölner Dominikaner, daß die Staatsschule auch eine „christliche Gemeinschaftsschule“ sein

könne, wenn der Kirche das Recht zugestanden würde, Schulen entsprechend ihrer Eigenart zu errichten und aus öffentlichen Mitteln finanzieren zu lassen⁷⁾.

4. Über die künftige Außenpolitik

Wie sahen die Vorstellungen christlicher Regimegegner über die Rolle und den außenpolitischen Handlungsspielraum eines Nach-Hitler-Deutschlands aus? Ziel war es, die hegemoniale Stellung eines Großdeutschen Reiches in Europa zu sichern. Das schloß in einzelnen Versionen die Rückgabe früheren Kolonialbesitzes ein, in anderen die Schaffung eigener jüdischer Territorien in verschiedenen Gegenden der Welt. Entsprechende Postulate wurden der veränderten Kriegslage angepaßt, das heißt ab Anfang 1943 kontinuierlich zurückgeschraubt. Dafür traten Vorstellungen einer mehr bundesstaatlich oder staatenbündlich vereinigten europäischen Völkergemeinschaft in den Vordergrund.

Weiterhin galt jedoch nur ein auch territorial saturierter deutscher Nationalstaat als Garant für ein befriedetes Europa. Selbst bei zunehmender Besorgnis angesichts des Ausmaßes der gegnerischen Kriegsziele wurde die Hoffnung nicht aufgegeben, wenigstens ein verkleinertes Reich retten und dessen Sonder- und Mittlerrolle wahren zu können.

Wir wissen nicht, wieviele Einzelne und von wann an – wie von Adenauer aus dem Jahr 1936 überliefert – der Ansicht gewesen sind, „daß die Hitlerdiktatur nun einmal unweigerlich in den Krieg und damit in den Abgrund führe“. Und noch weniger ist bekannt, wer – wie Josef Wirmer Anfang 1941 – der Befürchtung Ausdruck gegeben hat: „Hitler wird (Rußland) angreifen, der Krieg wird selbstverständlich verloren und Rußland wird eines Tages mitten in Deutschland stehen.“

Die christlich bestimmte Grundorientierung der Kreisauer ließ sie die außenpolitische Schwächung des Reiches und dessen schließliche territorialen Verluste früher erkennen und hinnehmen, als das in anderen Oppositionskreisen der Fall war. Aus der Einsicht in deutsche Schuld resultierte die Forderung nach innerer Umkehr und Buße, verbunden mit äußerer Wiedergutmachung. Diese Haltung führte letztlich dazu, die erwartete Niederlage und Besetzung des Reiches nicht nur als unerläßlich hinzunehmen, sondern als Voraussetzung für ein moralisch erneuertes Deutschland in einem neuen Europa zu verstehen. „Für uns“ – so hat es Helmuth James Graf von Moltke 1942 formuliert – „ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen oder Soldaten, von komplizierten Organisationen oder großen Plänen, sondern die Frage: Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger aufgerichtet werden?“⁸⁾

Besinnung und Bezugnahme auf sittliche Ordnung hatten zur Folge, daß die Ideen des Kreisauer Kreises, wie es Theodor Steltzer später bewertet hat, „zukunftsträchtiger waren als die Anschauungen der anderen Widerstandsgruppen“. Dieses Urteil sagt allerdings noch nichts darüber, ob und in welchem Ausmaß sich diese Ideen in einem vierten Reich gegenüber anderen Konzeptionen hätten durchsetzen können, und ob ein darauf aufgebautes Staatswesen überhaupt funktionsfähig gewesen wäre.

5. Überlegungen innerhalb der Emigration

Die Emigration christlicher Politiker ist individuelles Schicksal gewesen, keine politisch geplante oder gar von der Parteilaisson veranlaßte Maßnahme. Die davon Betroffenen haben, wie es Joseph Wirth 1935 einmal formulierte, von ihrem Naturrecht Gebrauch gemacht, „einem vorzeitigen Tode etwas aus dem Wege zu gehen“⁹⁾.

Christliche Demokraten im Exil haben sich weder politisch zusammengeschlossen, noch fanden sie Rückhalt an einer internationalen Organisation. Nur in wenigen Fällen hielten sie noch bis 1939 Kontakt zu den in der Heimat verbliebenen Gesinnungsgenossen. Politische Aktivitäten einzelner Emigranten erfolgten auf zweifache Weise: zunächst durch publizistische Einflußnahme auf die öffentliche Meinung des Gastlands (ein Bemühen, von dem nur ein Bruchteil in der Heimat bekannt geworden ist). Dabei ist in dieser Exilpublizistik eine eigenständige geistige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgt, außerhalb marxistischer Argumentations- und Interpretationsweise¹⁰⁾.

So haben Friedrich Muckermann, Waldemar Gurian, Carl Spiecker und andere den Anspruch des Nationalsozialismus als Weltanschauung und Ersatzreligion entlarvt, die etappenweise Verschärfung des Kirchen- und Kulturkampfes im Reich aufgedeckt und die Gemeinsamkeit des von Stalin und Hitler praktizierten Totalitarismus offengelegt. Hingegen verzichteten die eben genannten und andere Publizisten darauf, Konzeptionen für einen politischen Neuaufbau in Deutschland zu entwickeln. Vornehmlich ging es ihnen darum, den Nationalsozialismus religiös und moralisch zu überwinden.

Eine zweite Möglichkeit exilpolitischer Aktivität, allerdings nur für prominente Christdemokraten, bestand in dem Versuch, die Deutschlandpolitik der Westmächte zu beeinflussen, konkret seit 1942/43: deren Kriegsziele zu mäßigen. Das geschah durch vertrauliche Gespräche und Denkschriften. Bei deren Verfassern handelte es sich zum Teil um die gleichen Exilpolitiker, die Friedensbemühungen innerdeutscher Oppositionskreise auch dadurch unterstützten, daß sie deren Repräsentanten Zugang zu Regierungsstellen der Westmächte verschafften. Über Inhalt und Wege entsprechender Aktionen – und

Gegenaktionen sozialistischer Emigranten – wissen wir noch wenig. Das gilt selbst für die drei prominentesten politischen Flüchtlinge: Brüning, Kaas und Wirth.

6. Joseph Wirth und Ludwig Kaas

Von ihnen war Joseph Wirth in besonderer Weise exponiert, verarmt und vereinsamt. Im Winter 1939/40 betätigte er sich, von der Schweiz aus, erfolglos als Verbindungsmann innerdeutscher Oppositionsgruppen zu Regierungsstellen in Paris und London. Gleichzeitig aber betrieb er weiterhin in einer Art politischer Schizophrenie seine nationale Rehabilitierung durch die Reichsregierung. Der 1942 in Bern errichteten amerikanischen Nachrichtenzentrale unter Allen Dulles hat der Exkanzler Vorschläge zur „Nachkriegszusammenarbeit mit den angelsächsischen Völkern“ übermittelt. Sie entsprachen teilweise Postulaten einer 1943 in der Schweiz gebildeten Arbeitsgemeinschaft „Das demokratische Deutschland“, der neben Wirth die SPD-Politiker Otto Braun, Wilhelm Hoegner und Hugo G. Ritzel angehörten.

Ihr Ziel war der Wiederaufbau einer nicht geteilten und nicht verkleinerten „deutschen Bundesrepublik (DBR)“ im föderalistisch-genossenschaftlichen Sinne, ausgerichtet am Vorbild der Confoederatio Helvetica. Dementsprechend fehlte in dieser Konzeption dem künftigen deutschen Bundesstaat auch ein eigenständiges Staatsoberhaupt. Die weiter bestehenden Nationen sollten die Stufen eines „europäischen und Welt-Gemeinwesens“ mit einer starken „europäischen Mitte“ bilden. Der Linksdominanz dieser Arbeitsgemeinschaft entsprach das Postulat nach Sozialisierung und Enteignung von Großgrundbesitz.

1945 scheiterte Wirth mit seinem Plan, im Rahmen eines künftigen Dreiparteiensystems durch Zusammenschluß der früheren Gruppierungen von Zentrum und SPD eine „Radikalsoziale Volkspartei“ zu gründen und auf diesem Wege wieder eine politische Zukunft zu erreichen.

Eine Isolierung sui generis umgab den früheren Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas in Rom. Als Ökonom und Leiter der Bauhütte von Sankt Peter lebte er in einem „mehrfach umgrenzten Käfig“ seit der ihm 1939 übertragenen neuen Aufgabe als Leiter der Ausgrabungen unter dem Petersdom im doppelten Sinne im „Untergrund“. ¹¹⁾ Im Winter 1939/40 vermittelte der Prälat den Kontakt zwischen der von Josef Müller vertretenen Berliner Militäropposition und dem Papst, und über diesen zum britischen Botschafter beim HI. Stuhl.

Kaas hat davor gewarnt, einen inneren Zusammenbruch in Deutschland zu erwarten. Als nur teilweise zutreffend erwies sich seine Prophezeiung vom November 1939: Der Krieg werde lang und opferreich sein und nicht nur den

finanziellen Ruin aller davon betroffenen Länder herbeiführen, sondern auch eine Bolschewisierung Deutschlands. Die Vorstellungen des exilierten Prälaten von einem befriedeten Nachkriegseuropa umschlossen (im Februar 1940) eine Art europäischer Wirtschaftsunion. Sie sollte jedes nationalistisch-aggressive Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit ungläubwürdig machen.

7. Heinrich Brüning

Gemessen an Kaas und Wirth sind wir über die politischen Vorstellungen (wie auch Aktivitäten) Brünings unvergleichlich besser unterrichtet¹²). Er verzehrte sich in Sorge um die Wiederherstellung des Rechtsstaats in einer „gemäßigten Demokratie“ im Reich und war entschlossen, in Deutschland nicht wieder politisch aktiv zu werden.

Der „wandernde Flüchtling“ hat mit einem hohen Grad von Sicherheit die Etappen der nationalsozialistischen Expansion und deren Folgen vorhergesagt und Repräsentanten innerdeutscher Oppositionskreise – von Goerdeler bis Trott zu Solz – Kontakt zu Regierungsstellen in London und Washington vermittelt. Auch durch eigene Vorstöße in London und Washington suchte er den befürchteten Kriegsausbruch zu verhindern und später zu einem für Deutschland erträglichen Frieden beizutragen.

Das hinderte Brüning nicht, territoriale Revisionsforderungen des Reiches in dessen Grenzen von 1914 zu unterstützen. Der Exkanzler verstand sich als Vertreter eines „wahren“ oder „anderen Deutschlands“, dem er durch exilpolitische Zurückhaltung zu dienen suchte. Seit 1940/41 machte er sich keine Illusionen über die Härte der zu erwartenden Friedensbedingungen. Ab 1943/44 rechnete der Harvard-Professor mit der Besetzung des Reichsgebiets und dem Verlust deutscher Ostgebiete. Er warnte davor, in Mitteleuropa ein Machtvakuum entstehen zu lassen.

Bei Regierungsstellen in Washington setzte er sich dafür ein, den Neuaufbau einer repräsentativen Demokratie in Deutschland „von den untersten Stufen“ aus zu beginnen und dabei an preußisch-deutsche Traditionen des Verfassungs- und Verwaltungslebens anzuknüpfen.

Brüning wollte an die Spitze einer Zentralverwaltung – unter alliierter Aufsicht – nur Persönlichkeiten berufen wissen, die sich bereits vor 1933 bewährt und die Hitler-Herrschaft in der Heimat politisch unbelastet überlebt hätten. Als geeignete Kandidaten nannte er Konrad Adenauer, Hermann Dietrich, Hermann Pünder, Hans Schlange-Schöningen und Adam Stegerwald. Sie gehörten 1945, ausgenommen Dietrich, ohne Brünings Zutun zu den Mitbegründern der Unionsparteien.

Brüning hielt nach dem „Untergang der Nazis“ – deren Greuel durch individuelle Strafverfahren ebenso gesühnt werden sollten wie die von Angehörigen

anderer Völker begangenen Untaten – baldige Wahlen für zweckmäßig. Ein von einer provisorischen Nationalversammlung verabschiedeter Verfassungsentwurf sollte nach fünf Jahren einer Revision durch eine „endgültige verfassungsgebende Versammlung“ unterzogen werden. So lange sollte die Weimarer Reichsverfassung gelten. Die Erfahrung früherer Beamter, Gewerkschaftler und Vertreter der „alten Parteien“ hielt der Exkanzler für das Gelingen des Wiederaufbaus für unerlässlich, für einen „langsamen“ Aufbau des parteipolitischen Lebens allerdings nur zwei bis drei große Parteien für erforderlich. Als der Exkanzler im Herbst 1945 von der Gründung der Unionsparteien erfuhr, hat er dieses Ereignis als Erfüllung seiner früheren Pläne begrüßt. Allerdings sah er wenig später seine schon 1935 fixierte Ansicht nicht voll verwirklicht, Geistliche beider Konfessionen aus „jeglicher Form von Volksvertretung“ möglichst fernzuhalten.

8. Föderalistische Konzeptionen

Eine Sonderrolle im Exil spielten einzelne Persönlichkeiten, die teilweise extrem föderalistische Zielsetzungen entwickelten, sei es mit bayerischem oder rheinischem Hintergrund. Letzteres gilt für den in Bern tätigen und später im „Rheinischen Merkur“ schreibenden Publizisten Franz Albert Kramer. An seinem Beispiel lassen sich Kontinuität und Weiterentwicklung politischer Vorstellungen einer Westeuropäischen Union über den 8. Mai 1945 hinweg besonders deutlich belegen. Unter den extrem bayerischen Föderalisten im französischen Exil propagierte der spätere Vorsitzende der Bayernpartei, Josef Panholzer, eine Restauration der Wittelsbacher Monarchie und enge Verbindung eines souveränen Bayern mit Frankreich.

Eine stark nach links tendierende Position vertrat Carl Spiecker im Exil in Frankreich und, ab 1939, in Großbritannien. Als führender Kopf einer „Deutschen Freiheitspartei“ in Paris propagierte er einen nicht näher definierten „deutschen Volksstaat“. Mit Hilfe einer „christlichen Front“ sollten der totalitäre Nationalsozialismus und Bolschewismus überwunden werden.

Ein Zukunftsprogramm eigener Art vertrat die von Friedrich Muckermann bis 1940 in den Niederlanden herausgegebene Wochenschrift „Der deutsche Weg“. Muckermann hat es rückblickend als Aufgabe dieses Organs bezeichnet, „den Auslandsdeutschen ihre christliche Tradition zu erhalten“ und neu zu aktivieren: „Wir vertraten in einem sublimen Sinne die Reichsidee als die größte christlich-deutsche Konzeption“, als eine „allen völkischen Sendungen übergeordnete Idee“.¹³⁾

Zu den wenigen Gemeinschaftsaktionen eines größeren Kreises politischer Flüchtlinge zählte ein Anfang 1942 in New York veröffentlichtes Manifest über fundamentale Prinzipien des Christentums angesichts der Bedrohung

durch den Totalitarismus. Es war von 43 prominenten europäischen Katholiken in den USA unterzeichnet – unter ihnen Waldemar Gurian, Dietrich von Hildebrand und Thomas Michels, aber auch Luigi Sturzo, nicht jedoch Heinrich Brüning. Man kann dieses Manifest als „eindrucksvolles Zeugnis einer theologisch begründeten Bejahung der Demokratie“ bewerten (Heinz Hürten), muß allerdings dessen Zeitbezug berücksichtigen. So heißt es darin, ein Sieg Hitler-Deutschlands sei für die westliche Welt entschieden bedrohlicher als ein Sieg Rußlands, zumal sich das russische Volk in einem Prozeß der Rückkehr in die westliche Gemeinschaft befinde. Von der Sowjetunion und vom Bolschewismus war im Text keine Rede.

9. Zukunftsweisende christliche Grundentscheidungen

Die in innerdeutschen Widerstandskreisen von Persönlichkeiten christlicher Grundhaltung entwickelten Pläne für die politische Fundierung eines vierten Reiches sind so wenig realisiert worden wie entsprechende Vorstellungen von Leidensgefährten in der Emigration. Das Ausmaß der Niederlage und des Zusammenbruchs überstieg alle Erwartungen, der von den Siegermächten anfänglich beherrschte Besatzungsalltag alle Befürchtungen.

Nach dem 8. Mai 1945 fehlte für die in der Zeit des „Dritten Reiches“ entworfenen Nachkriegskonzepte zur Erneuerung von Staat und Gesellschaft jede Grundlage. Sie waren aus der Ausnahmesituation existentieller Gefährdung und geistiger Isolierung entwickelt worden, als Gegenbild zum maroden Parlamentarismus der frühen dreißiger Jahre. Zukunftsüberlegungen deutscher Christdemokraten im Exil waren in der Heimat nicht bekannt. Von ihnen erhielt nur Carl Spiecker die Möglichkeit, bereits im Spätsommer 1945 wieder in seine Heimat zurückzukehren. Erst als sich in der britischen Zone das von ihm favorisierte Labour-Konzept nicht realisieren ließ, schloß er sich im Herbst der neugegründeten Zentrumsparterie an.

In die Zukunft wiesen nicht konkrete Vorstellungen zum Neubau von Staat und Gesellschaft, sondern geistige Grundentscheidungen, die aus bitterer Erfahrung erwachsen waren, so zur Klärung der politischen Gedankenwelt und zur Abkehr von nationalistischen und materialistischen Fehlhaltungen. Gefordert wurden Achtung vor der Würde des Menschen und Anerkennung der Grundrechte, Ablehnung jeglicher Staatsomnipotenz und Wiederherstellung des Rechtsstaats sowie der Glaubens- und Gewissensfreiheit; das Christentum sollte die Grundlage für eine moralische Neubesinnung und geistige Erneuerung bilden. Bedeutsam wurde ferner der Zusammenhalt einzelner Gesprächskreise und Kleinstgruppen von geistigen Regimegegnern. Er trug wesentlich dazu bei, politische und religiöse Positionen zu klären.

Im Juni 1940 hat Dietlof Graf von der Schulenburg die Prophezeiung gewagt: In zehn Jahren werde es einen Staat geben, „den sie (die Kreisauer) voll und ganz würden billigen können“. Wiederum neun Jahre später erteilte Eugen Gerstenmaier darauf eine Antwort eigener Art, als er anlässlich der 15. Wiederkehr des 20. Juli 1944 zu bedenken gab: Er wage sich nicht „auszumalen, was zum Beispiel die Träger des Kreisauer Kreises von dem gegenwärtigen Deutschland dächten.“ Dabei ist gerade Gerstenmaier, wie Theodor Steltzer, ein überzeugendes Beispiel für die Entwicklung zu einem christlichen Demokraten. Daß diesen Weg auch andere Regimegegner beider Konfessionen, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind, gegangen wären, darf man als sicher annehmen.

Die Unionsparteien haben lange gebraucht, sich ihrer unterschiedlichen Traditionslinien und parteipolitischen Vorläufer zu vergewissern. Deren Gründergeneration bezog ihren Impuls und ihr politisches Ordnungsbild zunächst zu unmittelbar auf die in gemeinsamer Verfolgung erlebte Katakombensituation. Dabei wird leicht übersehen – gerade bei Berufung auf die Märtyrer des Unionsgedankens –, daß mit der Gründung von CDU und CSU die Überwindung der historischen Konfessionsbarrieren erst begonnen hatte. Auch war damit noch kein Programm für eine mehrheitsfähige christliche Volkspartei verbunden, geschweige denn politischer Erfolg programmiert.

An beiden hat vor allem Konrad Adenauer entscheidenden Anteil. Ihm war übrigens von den Kreisauern in einer ihrer zahlreichen Kandidatenlisten kein Platz in einer künftigen Regierung zgedacht, sondern nur die bescheidene Rolle eines Landesverwesers für den Mittelrhein. Der Rhöndorfer Pensionär hatte sich aus Gründen, die bekannt sind, von aktiven Verschwörerkreisen ferngehalten, erst recht von der Niederschrift politischer Neuordnungsvorstellungen und Kabinettslisten.

Hingegen stand der 1945 bereits 68jährige Kölner Oberbürgermeister durch seinen historischen Aufruf beim Katholikentag von 1922 zur Bildung einer interkonfessionellen Volkspartei in der Traditionslinie des Unionsgedankens. Zudem war er nicht mit der Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ von 1933 belastet. Er hatte viel über die zukünftige Rolle eines, wie ihm früh deutlich geworden war, in Deutschland geteilten Europas nachgedacht, genauso über die Voraussetzungen, die zum „Dritten Reich“ geführt hatten. Daraus zog er politische und parteipolitische Konsequenzen.

Im Juni 1940 bezeichnete es Brüning aus seinem amerikanischen Exil gegenüber Hermann Pünder als notwendig, mehr über „unsere Freunde“ im Widerstand während der Zeit des Hitler-Regimes zu schreiben; denn auch in den USA bestehe „bei den Sozialisten die Neigung, durchblicken zu lassen, daß nur ihre Leute aktiv“ gewesen seien¹⁴). Diese Mahnung muß aber auf die „eigenen Leute“ in der Emigration erweitert werden, eingeschlossen diejenigen, die nicht wieder den Weg zurück in ihre Heimat gefunden haben.

Auf ganz andere Art und Weise hat im Exil ein einzelner Christdemokrat die Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart geschlagen. Der frühere Zentrumsparlamentarier Johannes Schauff hat im August 1945, drei Monate nach Kriegsende, in seiner brasilianischen Neuheimat mit einer gedruckten Anzeige Freunde und Bekannte mit ihren Familien zu einem Requiem in Rio de Janeiro eingeladen. Es sollte acht früheren Mitstreitern und Märtyrern zugedacht werden: Erich Klausener, Adalbert Probst, Engelbert Dollfuß, Benedikt Schmittmann, Albert Hackelsberger, Eugen Bolz, Josef Wirmer und Bernhard Letterhaus.

Diese singuläre Tat verknüpfte Bekenntnis, Erinnerung und Vermächtnis. Sie verdeutlicht gleichzeitig, in diesem Fall am katholischen Beispiel, geistige Grundüberzeugungen und Gemeinsamkeiten zwischen drinnen und draußen. Diese sind für Selbstverständnis und politisches Handeln christlicher Demokraten in der späteren Bundesrepublik Deutschland wesentlicher geworden als alle noch so detaillierten, aber zeitverhafteten Neuordnungspläne und Programme aus den „bewußten zwölf Jahren“.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Winfried Becker, *CDU und CSU 1945–1950*. Mainz 1987, S. 20.
- 2) Vgl. Klaus Gotto, *Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime*, in: *Die Gründung der Union*, hrsg. von Günter Buchstab und Klaus Gotto. München 1981, S. 65; Günter Buchstab, Brigitte Kaff, Hans-Otto Kleinmann, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*. Düsseldorf 1986, S. 9.
- 3) Vgl. Hugo Stehkämper, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumsparterie*, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, hrsg. von Jürgen Schmädede und Peter Steinbach. München 1985, S. 113 ff., 888 ff.; Klaus Schönhoven, *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer. Bd. 5. München 1983, bes. S. 634 ff.
- 4) Vgl. Alfred Delp, *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, hrsg. von Roman Bleistein. Frankfurt 1984, S. 406; *Dossier: Kreisauer Kreis*. Aus dem Nachlaß von P. Lothar König S. J., hrsg. von Roman Bleistein. Frankfurt 1987.
- 5) Vgl. Jürgen Aretz, *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus*. Mainz 1978, S. 232.
- 6) Helmut Thielicke als Mitverfasser dieser Denkschrift hat in bezug auf den Grad ihrer „Zeithörigkeit“ – bezogen auf Ausführungen über das Judenproblem – von einer „Verstrickung, ja Beneblung durch die damalige Propaganda-Atmosphäre“ gesprochen. In der Stunde Null. *Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“*. Tübingen 1979, S. 22.
- 7) Laurentius Siemer O.P., *Aufzeichnungen und Briefe*. Frankfurt ²1958, S. 129 f.

- 8) Vgl. Helmuth J. Graf von Moltke 1907–1945. Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel. Berlin ⁹1963, S. 20 f.
- 9) Zitiert bei Rudolf Morsey, Leben und Überleben im Exil. Am Beispiel von Joseph Wirth, Ludwig Kaas und Heinrich Brüning, in: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag, hrsg. von Paulus Gordan. Pfullingen 1983, S. 86 ff.
- 10) So Heinz Hürten, die politische Tätigkeit von Angehörigen der Zentrumsparterie und anderer katholischer Gruppen während des Exils, in: Ausgewählte Beiträge zum fünften Symposium über deutsche und österreichische Exilliteratur, hrsg. von Donald G. Daviau und Ludwig M. Fischer. Columbia, South Carolina 1985, S. 48.
- 11) Vgl. Karin Schauff, Erinnerungen an Ludwig Kaas. Pfullingen 1972, S. 15.
- 12) Vgl. Rudolf Morsey, Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, hrsg. von Lothar Albertin und Werner Link. Düsseldorf 1981, S. 233 ff.; ders., Brünings Kritik am politischen Wiederaufbau in Deutschland 1945–1955, in: Demokratie in Anfechtung und Bewährung, hrsg. von Joseph Listl und Hermann Schambeck. Berlin 1982, S. 283 ff.; ders., Brünings Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland 1934–1948, in: Christliches Exil und christlicher Widerstand, hrsg. von Wolfgang Frühwald und Heinz Hürten. Regensburg 1987, S. 371 ff.
- 13) Vgl. Friedrich Muckermann, Im Kampf zwischen zwei Epochen, bearb. von Nikolaus Junk. Mainz 1973, S. 580.
- 14) Vgl. Briefe 1946–1960, hrsg. von Claire Nix. Stuttgart 1974, S. 86 f.

Weitere Literaturhinweise

- Becker, Winfried: Politische Neuordnung aus der Erfahrung des Widerstands, in: Widerstand, hrsg. von Peter Steinbach. Köln 1987, S. 261 ff.
- Christliche Demokraten der ersten Stunde, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966.
- Hürten, Heinz: Verfolgung, Widerstand und Zeugnis, Mainz 1987.
- Morsey, Rudolf: Adenauer und der Nationalsozialismus, in: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, hrsg. von Hugo Stehkämper. Köln 1976, S. 447 ff.
- Nebgen, Elfriede: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart 1967.
- Der deutsche Widerstand, hrsg. von Klaus-Jürgen Müller. Paderborn 1986.
- Winterhager, Wilhelm Ernst: Politischer Weitblick und moralische Konsequenz. Der Kreisauer Kreis in seiner Bedeutung für die deutsche Zeitgeschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), S. 402 ff.
- Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947, bearb. von Christine Blumenberg-Lampe. Stuttgart 1986.
- Widerstand im Dritten Reich, hrsg. von Hermann Graml. Frankfurt 1984.
- Der 20. Juli 1944, hrsg. von Rudolf Lill und Heinrich Oberreuter. Düsseldorf 1984.

Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Rudolf Morsey, Professor für neuere Geschichte an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer.